

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz)

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/3385)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 07. Juni 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschohulgesetz)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit dem Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen im Freistaat Thüringen wird die hohe Qualität der musischen und künstlerischen Erziehung an den öffentlichen gemeinnützigen Musik- und Kunstschohlen gesichert und fortentwickelt. Ausgangspunkte sind dabei deren staatliche Anerkennung als Bildungseinrichtungen, der Erhalt der kommunalen Musik- und Jugendkunstschohullandschaft in Thüringen sowie die Berücksichtigung der Trägerinteressen, eine Begriffs- und Aufgabendefinition, die Gewährleistung der Planungssicherheit für die geförderten Einrichtungen durch eine verlässliche und verstetigte Kostenbeteiligung des Freistaats Thüringen, eine Absicherung der Aufgabenerfüllung durch qualifiziertes Fachpersonal unter anderem durch die Schaffung von Möglichkeiten bei der Festanstellung und Nachbesetzung von Stellen, bei der Angleichung der Bezahlung der angestellten Mitarbeiter analog den Pädagogen im öffentlichen Schuldienst und einer angemessenen Bezahlung der Honorarkräfte sowie die Bereitstellung einer flächendeckenden zeitgemäßen Ausstattung der öffentlichen anerkannten Musik- und Jugendkunstschohlen in Thüringen.

In Thüringen existieren 25 Musikschulen in kommunaler Trägerschaft, ferner zahlreiche privat getragene öffentliche Musikschulen sowie 13 Jugendkunstschohlen, von denen sich drei in kommunaler Trägerschaft und insgesamt zehn Einrichtungen in Vereinsträgerschaft befinden. Musik- und Kunstschohlen in Thüringen sind außerschohulische Einrichtungen der kulturellen Bildung für alle Altersgruppen, die sich mit ihren Angeboten und einem spartenübergreifenden Konzept speziell an Kinder und Jugendliche richten, deren Begabungen erkennen und fördern sowie diese auf ein mögliches Studium der Musik oder Kunst vorbereiten. Als solche leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Schaffung einer gefestigten humanistisch-musisch-ästhetischen Bildung - angefangen von Kursen zur musikalischen Früherziehung bis hin zur Vorbereitung auf ein musikalisches oder künstlerisches Hochschulstudium. Die öffentlichen gemeinnützigen Musik- und Jugendkunstschohlen verfolgen ein ganzheitliches Bildungsverständnis und ermöglichen Kindern und Jugendlichen unterschiedlichen Alters sowie unterschiedlicher familiärer, kultureller und sozialer Hintergründe die Erfahrung kultureller Teilhabe und die aktive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Kunstformen. Sie

unterstützen Kinder und Jugendliche darin, ein nachhaltiges Interesse an Musik und Kunst zu entwickeln, ihr eigenes musikalisches und künstlerisches Potenzial zu entdecken und zu entfalten sowie ihre sozialen Kompetenzen zu entwickeln. Darüber hinaus soll eine spezielle Talentförderung gewährleistet werden. Vor allem sind öffentliche gemeinnützige Musik- und Jugendkunstschulen wichtige Einrichtungen im Bildungsnetzwerk des Landes, wobei ihnen eine besondere Bedeutung als "dritter Bildungsort" in der nonformalen Kinder- und Jugendbildung zukommt. In diesem Sinne haben sich die öffentlichen gemeinnützigen Musik- und Jugendkunstschulen vielerorts zu kulturellen Kompetenzzentren in der kommunalen Bildungslandschaft entwickelt, die das Musik- und Kunstleben in den Landkreisen, Städten und Gemeinden inzwischen entscheidend prägen. Indem sie auch einen niedrigschwelligen Zugang für Kinder und Jugendliche aus allen Familien unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern bieten, tragen sie entschieden zur Entwicklung gefestigter Charaktere im Rahmen einer auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauenden offenen Gesellschaft bei.

Infolge eines verfassungsgerichtlichen Urteils in 2008 musste die Landesregierung die institutionelle Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen einstellen und deren Mitförderung sowohl über die Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) als auch durch die Bereitstellung von Projektfördermitteln umsetzen. Beide Finanzierungsmethoden stellen für die öffentlich geförderten Musik- und Jugendkunstschulen keine stabile und verlässliche Finanzierungsquelle dar, da mangels Zweckbindung im KFA der Zufluss der Mittel unverbindlich ist und die in den Landeshaushalten für diesen Bereich seither etatisierten Mittel regelmäßig Schwankungen unterliegen, sodass eine mittel- und längerfristige Planung in den Musik- und Jugendkunstschulen unmöglich ist beziehungsweise zumindest erschwert wird. Eine dauerhaft verlässliche und stabile Mitfinanzierung des Landes an den Musik- und Jugendkunstschulen existiert in Thüringen im Gegensatz zu anderen Ländern, wie Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, wo diese Mitfinanzierung garantiert ist, nicht.

In Thüringen gibt es keine gesetzliche Festschreibung für die Arbeit der öffentlichen gemeinnützigen Musik- und Jugendkunstschulen mit Regelungen zur Begriffsdefinition, staatlichen Anerkennung einschließlich der dafür erforderlichen Kriterien, der Definition des Landes- und des Trägerinteresses an deren Arbeit, den Qualitätsstandards der Musik- und Jugendkunstschularbeit, zur Zugänglichkeit unabhängig des sozialen Status sowie zu Förderanspruch und -voraussetzungen.

B. Lösung

Ziel des vorliegenden Gesetzentwurfs ist es, die Anerkennung und Förderung der öffentlichen gemeinnützigen Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen auf eine sichere rechtliche Grundlage zu stellen, indem für die Arbeit dieser Einrichtungen wichtige Aspekte der Musik- und Jugendkunstschulförderung und -anerkennung gesetzlich geregelt werden. Da der Beitrag der Angebote von Musikschulen als auch Jugendkunstschulen für die kulturelle Bildung inhaltlich gleichwertig ist, werden von dem Gesetz Regelungen zur Anerkennung und Förderung von Musikschulen sowie Jugendkunstschulen beziehungsweise des Jugendkunstschulbereichs erfasst.

Mit dem Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz als eigenständiges Gesetz außerhalb des Thüringer Schulgesetzes sollen die besonderen Aufgabenstellungen und die besondere Bedeutung als auch die Ei-

genständigkeit der Musik- und Jugendkunstschulen in der Bildungs- und Kulturlandschaft Thüringens hervorgehoben und festgeschrieben werden. Durch klare Regelungen bezüglich der Anwendung des Gesetzes, der Anerkennung, Trägerschaft und Förderung von Musik- und Jugendkunstschulen sollen diese wichtigen außerschulischen Bildungseinrichtungen zur Förderung der musikalischen und künstlerischen Entwicklung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und besonderen Zielgruppen unterstützt, in Thüringen eine angemessene Versorgung mit einem qualitativ hochwertigen Musik- und Jugendkunstschulangebot gesichert sowie allen Interessierten der Zugang ermöglicht werden.

Das Land hat ein besonderes Interesse an der Qualität der Musik- und Jugendkunstschulangebote, insbesondere an der Unterstützung der Entwicklung und Förderung besonderer musikalischer und künstlerischer Begabungen, der Hochbegabtenförderung und der Kooperation zwischen Musik- und Jugendkunstschulen sowie allgemeinbildenden Schulen und Kindertageseinrichtungen. Dazu bedarf es bestimmter struktureller Voraussetzungen an den Musik- und Jugendkunstschulen, wie vor allem ausreichend qualifiziertes Personal und eine angemessene Ausstattung. Durch eine stabile bedarfsgerechte Förderung des Landes soll insbesondere das flächendeckende Angebot an Musik- und Jugendkunstschulen in Thüringen gesichert und der Zugang zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen unabhängig ihrer sozialen Herkunft erleichtert werden. Die gesetzliche Festschreibung der Landesförderung soll dazu dienen, sowohl den Einrichtungen als auch ihren Trägern Planungssicherheit zu geben. Zusammen mit dem Beitrag der Träger, deren Verantwortlichkeit ebenfalls geregelt ist, soll die festgeschriebene Landesförderung die Einrichtung und den Betrieb der Musik- und Jugendkunstschulen finanziell absichern.

Zur Absicherung einer angemessenen Versorgung mit einem qualitativ hochwertigen Musik- und Jugendkunstschulangebot in Thüringen soll ein Verfahren zur "staatlichen Anerkennung" (Namensschutz) der Einrichtungen eingeführt werden. Auf der Grundlage dieser Anerkennung erfolgt die Landesförderung. Darüber hinaus soll diese Anerkennung dem Bürger eine bessere Orientierung unter den Anbietern ermöglichen.

C. Alternativen

- a. Beibehaltung der aktuellen Rechtslage
- b. Regelung im Rahmen einer besonderen Förderrichtlinie

D. Kosten

Durch das Gesetz entstehen dem Freistaat Thüringen zunächst keine zusätzlichen Kosten. Erst in den Folgejahren fallen aufgrund der jährlichen Dynamisierung der Landesförderung, die sich am Inflationsausgleich und den durchschnittlichen Tarifsteigerungen für das Personal orientiert, Mehrkosten an.

**Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen
im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschohulgesetz)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für Musikschulen und Jugendkunstschohlen, welche im Freistaat Thüringen tätig sind und die Voraussetzungen zum Tragen der Bezeichnung "staatlich anerkannte Musikschule" oder "staatlich anerkannte Jugendkunstschohule" gemäß § 3 dieses Gesetzes erfüllen. Musikschulen im Sinne dieses Gesetzes sind auch Musikschulen, die Bildung in anderen künstlerischen Fachbereichen gemäß § 3 anbieten (Musik- und Jugendkunstschohlen).

(2) Musikschulen und Jugendkunstschohlen sind öffentliche gemeinnützige Bildungs- und Kultureinrichtungen, deren Aufgabe es ist, vorrangig Kindern und Jugendlichen eine musikalische und künstlerische Bildung zu vermitteln. Mindestens die Hälfte ihrer Tätigkeit leisten sie im Trägerinteresse als musikalische und künstlerische Grundversorgung in ihrer Region. Das Landesinteresse besteht neben der musikalischen und künstlerischen Grundversorgung vor allem darin, Begabungen zu erkennen und zu fördern sowie auf ein mögliches Studium der Musik, Kunst oder sonstiger künstlerischer und kunstpädagogischer Fächer vorzubereiten. Das Landesinteresse beruht weiterhin auf Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen und Kindertageseinrichtungen. Damit erfüllen Musikschulen und Jugendkunstschohlen einen gesellschaftlichen Bildungsauftrag. Die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde wird beauftragt und ermächtigt, die entsprechenden Rahmenvereinbarungen für eine geeignete Umsetzung des Bildungsauftrags mit der für Bildung zuständigen obersten Landesbehörde zu verhandeln und zu vereinbaren.

(3) Der Freistaat Thüringen gewährt Musikschulen und Jugendkunstschohlen nach Maßgabe der §§ 5 und 8 Förderungen als Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 und 3 Buchstabe d des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unter Beachtung der Voraussetzungen des Kapitels I und des Artikels 53 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, 64).

§ 2
Träger

Träger von Musikschulen und Jugendkunstschohlen können Kommunen, Gemeindeverbände und Landkreise oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie juristische Personen des privaten Rechts sein.

§ 3
Staatliche Anerkennung

(1) Musikschulen sind berechtigt, die Bezeichnung "staatlich anerkannte Musikschule" zu führen, wenn sie über eine gültige Anerkennung verfügen. Die Anerkennung wird

auf Antrag der Musikschule jeweils befristet auf fünf Jahre vom für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium erteilt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 2 und 3 erfüllt sind. Werden darüber hinaus die Voraussetzungen nach Absatz 5 erfüllt, berechtigt die Anerkennung, die Bezeichnung "staatlich anerkannte Musik- und Jugendkunstschule" zu führen (erweiterte Anerkennung).

(2) Die Anerkennung wird einer Musikschule erteilt, wenn

1. sie einen kontinuierlichen und pädagogisch planmäßigen Unterricht gewährleistet,
2. sie Unterricht mit einem Umfang von insgesamt mindestens 150 Unterrichtsstunden pro Woche in folgenden Bereichen anbietet:
 - a) Musikalische Grundfächer, Musikalische Früherziehung, Musikalische Grundausbildung,
 - b) Einzel- und Gruppenunterricht in der Unter-, Mittel- und Oberstufe mit einem Angebot an Instrumental- und Vokalfächern aus mindestens fünf der folgenden Fachbereiche: Streichinstrumente, Zupfinstrumente, Blasinstrumente, Tasteninstrumente, Schlaginstrumente, Vokalmusik, Populärmusik, Tanz/Musical,
 - c) Ensemble- und Ergänzungsfächer und
 - d) spezielle Talentförderung (zum Beispiel studienvorbereitende Abteilung),
3. sie von den angebotenen Fachbereichen gemäß Nummer 2 Buchstabe a bis c drei mit mindestens 10 Prozent und zwei mit mindestens 5 Prozent der Unterrichtsstunden pro Woche belegt,
4. sie auf der Grundlage von Rahmenlehrplänen des Verbands deutscher Musikschulen unterrichtet, die auf der Angebotsstruktur gemäß Nummer 2 Buchstabe a bis d aufbauen,
5. sie in den musikalischen Fächern nur Lehrkräfte mit musikpädagogischer Befähigung einsetzt. Diese Befähigung wird in der Regel durch das Zeugnis über einen Hochschulabschluss in einem künstlerisch pädagogischen Studiengang oder die staatliche Prüfung als Musiklehrer oder die staatliche Anerkennung als Musiklehrer nachgewiesen. Als ausreichende Befähigung gilt auch
 - a) die erfolgreich abgeschlossene musikalische Ausbildung im Rahmen der Lehramtsprüfungsordnung I,
 - b) ein erfolgreicher Abschluss als hauptberuflicher Kirchenmusiker,
 - c) ein erfolgreicher Abschluss als Instrumentalist oder Sänger in einem künstlerischen Hochschulstudiengang, nach künstlerischer Staatsprüfung oder künstlerischer Reifeprüfung, soweit eine pädagogische Befähigung anderweitig nachgewiesen wird, sowie
 - d) ein Nachweis musikpädagogischer Befähigung durch langjährige (mindestens 5 Jahre) Erfahrung und Praxis für Lehrer in den volks- und popularmusikalischen Fächern, welche von der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde im Benehmen mit dem Verband deutscher Musikschulen/Landesverband Thüringen festgelegt werden.

Der Einsatz von Lehrkräften zu Ausbildungszwecken bleibt durch die Buchstaben a bis d unberührt.
6. die von ihr eingesetzten Lehrkräfte regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, an musikpädagogischen Fortbildungen teilnehmen,

7. sie unter Leitung einer festangestellten Person steht, die über einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss im Fachbereich Musik oder Musikpädagogik und in der Regel über Berufserfahrungen in der pädagogischen Arbeit verfügt,
8. sie geeignete Unterrichtsräume und Unterrichtsinstrumentarien vorhält,
9. sie zur Vermittlung musikalischer Bildung auch Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen und Trägern kultureller Bildung durchführt sowie
10. sie geeignete Maßnahmen ergreift, um Menschen mit Behinderungen zugängliche Angebote zu gestalten.

(3) Das Beschäftigungsverhältnis aller Lehrkräfte an staatlich anerkannten Musikschulen soll durch schriftlichen Arbeitsvertrag geregelt sein. Der Anteil der festangestellten Lehrkräfte muss in der Menge gegenüber den freien Honorarlehrkräften mindestens 50 Prozent betragen. Dabei wird ein Verhältnis der zu leistenden Unterrichtsdeputate zwischen Festangestellten und freien Honorarlehrkräften von mindestens 70 zu 30 empfohlen.

(4) Jugendkunstschulen sind berechtigt, die Bezeichnung "staatlich anerkannte Jugendkunstschule" zu führen, wenn sie über eine gültige Anerkennung verfügen. Die Anerkennung wird auf Antrag der Jugendkunstschule jeweils befristet auf fünf Jahre vom für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium erteilt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 5 erfüllt sind. Werden darüber hinaus die Voraussetzungen nach Absatz 2 und 3 erfüllt, berechtigt die Anerkennung, die Bezeichnung "staatlich anerkannte Jugendkunst- und Musikschule" zu führen (erweiterte Anerkennung).

(5) Die Anerkennung wird einer Jugendkunstschule erteilt, wenn

1. sie ein kontinuierliches und pädagogisch planmäßiges Angebot in Form von Kursen, Workshops und Kunstprojekten gewährleistet,
2. sie ein ganzjähriges Angebot mit mindestens 800 künstlerisch-pädagogischen gebuchten Angebotsstunden in ausgewogenem Verhältnis in den Fachbereichen
 - a) Bildende Kunst und
 - b) Angewandte Kunst realisiert;eine Angebotsstunde umfasst 60 Minuten. Ergänzt und kombiniert werden kann das Angebot durch regelmäßig stattfindende künstlerisch-pädagogische Angebotseinheiten beispielsweise in den Sparten Theater, Tanz/Musical, Literatur, Medien, Zirkus, Design;
3. sie für die Erteilung der Angebotsstunden in den Fachbereichen gemäß Nummer 2 in der Mehrheit Lehrkräfte mit einem berufsqualifizierenden künstlerischen oder kulturpädagogischen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss oder mit einem ausgewiesenen künstlerischen Schaffensprozess mit nachgewiesener pädagogischer Befähigung einsetzt,
4. sie unter Leitung einer festangestellten Person steht, die über einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss in einem künstlerischen Fachbereich oder in Kunst- beziehungsweise Kulturpädagogik oder in Kulturwissenschaften oder einen gleichwertigen Abschluss oder über nachweisbar langjährige Berufserfahrungen in kulturellen Einrichtungen verfügt,
5. die von ihr eingesetzten Lehrkräfte regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, an kulturpädagogischen Fortbildungen teilnehmen,

6. sie geeignete Fachräume und Materialien vorhält,
7. sie zur Vermittlung künstlerischer Bildung auch Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen und Trägern Kultureller Bildung durchführt sowie
8. sie geeignete Maßnahmen ergreift, um Menschen mit Behinderungen zugängliche Angebote zu gestalten.

(6) Wenn die Voraussetzungen für die Erteilung einer Anerkennung gemäß der Absätze 2, 3 oder 5 nicht mehr vorliegen, kann diese durch das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium im Benehmen mit den Landesfachverbänden für Musikschulen und Jugendkunstschohlen widerrufen werden. Die Erteilung einer Anerkennung oder der Eintritt der Rechtsunwirksamkeit einer Anerkennung wird durch das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium im Thüringer Staatsanzeiger öffentlich bekannt gemacht. Der Inhalt der Bekanntmachung wird zusätzlich auf der Internetseite des für Kunst und Kultur zuständigen Ministeriums veröffentlicht.

§ 4

Anerkennungsverfahren, Hinzuziehung Dritter

(1) Das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium ist berechtigt, zur Durchführung der Verfahren gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 4 Satz 2 und 3 eine juristische Person des Privatrechts mit deren Einverständnis zu beleihen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben bietet und Gegenstand ihrer Tätigkeit nicht zugleich die Wahrnehmung von Interessen antragsberechtigter Musikschulen oder Jugendkunstschohlen ist. Die beleihene juristische Person steht unter der Fachaufsicht des für Kunst und Kultur zuständigen Ministeriums. Es ist berechtigt, sich bei Durchführung der Verfahren gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 4 Satz 2 und 3 zur Prüfung der Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2, 3 und 5 Dritter zu bedienen.

(2) Die Musikschulen und Jugendkunstschohlen dürfen die zur Prüfung der Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2, 3 und 5 erforderlichen Daten an das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium, beauftragte Dritte oder beliehene juristische Personen des privaten Rechts übermitteln. Die Stellen nach Absatz 1 Satz 1 und 3 dürfen im Rahmen ihrer Berechtigung erforderliche Daten bei den Musikschulen und Jugendkunstschohlen erheben. Das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium darf die von den Musikschulen und Jugendkunstschohlen übermittelten Daten an die Stellen nach Absatz 1 Satz 1 und 3 zu den dort genannten Zwecken übermitteln.

§ 5

Förderung durch das Land, Verordnungsermächtigung

(1) Die Musikschulen und Jugendkunstschohlen werden auf Antrag durch das Land gefördert, wenn sie über eine gültige Anerkennung gemäß § 3 verfügen, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne von § 52 der Abgabenordnung dienen sowie die Bestimmungen der Absätze 3, 4 und 5 sowie des § 8 nicht entgegenstehen. Bei Musikschulen und Jugendkunstschohlen in unmittelbarer Trägerschaft der Kommunen, Gemeindeverbände und Landkreise ist ein gesonderter Nachweis, dass diese ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der Abgabenordnung dienen, nicht erforderlich.

(2) Der Freistaat Thüringen fördert ab dem Haushaltsjahr 2022 die Musikschulen und die Jugendkunstschulen jährlich insgesamt durch einen Zuschuss von mindestens 6.000.000 Euro. Die Höhe der Förderbeträge wird bei Musikschulen für die Fachbereiche gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 nach der Anzahl der Unterrichtsstunden, der Gesamt Schülerzahl und der Summe der Personalkosten jeweils bezogen auf das dem Förderjahr vorausgegangene Kalenderjahr bemessen. Satz 2 gilt für Jugendkunstschulen und die Fachbereiche gemäß § 3 Absatz 5 Nummer 2 an Jugendkunstschulen mit der Maßgabe entsprechend, dass die nachweislich gebuchten Angebotsstunden gemäß § 3 Absatz 5 Nummer 2 heranzuziehen sind. Können durch Musikschulen oder Jugendkunstschulen im Aufbau die Daten gemäß Satz 2 und 3 im Förderjahr nicht vorgelegt werden, ist eine vorläufige Förderung auf der Grundlage einer prognostischen Ermittlung der Daten bezogen auf das Förderjahr zulässig. Für die exakte Regelung der Förderbeträge ist eine entsprechende Rechtsverordnung zu erlassen.

(3) Der gemäß Absatz 2 in Verbindung mit der Rechtsverordnung ermittelte Förderbetrag darf zusammen mit weiteren Beihilfen gemäß Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht mehr als 80 Prozent der beihilfefähigen Kosten der Musikschulen und Jugendkunstschulen gemäß Artikel 53 Nummer 4 und 5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erreichen. Liegt durch den ermittelten Förderbetrag eine Überschreitung vor, reduziert sich der gemäß Absatz 1 Satz 1 bestehende Anspruch auf Förderung der Musikschule oder Jugendkunstschule entsprechend. Ausnahmsweise ist eine Förderung von bis zu 100 Prozent der beihilfefähigen Kosten möglich, soweit durch die Musikschule oder Jugendkunstschule nachgewiesen werden kann, dass nicht mehr als ein angemessener Gewinn im Sinne der Vorschriften gemäß Artikel 53 Nummer 6 und 7 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erzielt wird. Erreicht der gemäß Absatz 2 in Verbindung mit der Rechtsverordnung gemäß Absatz 6 ermittelte Förderbetrag zusammen mit weiteren Beihilfen gemäß Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mehr als 1.000.000 Euro, reduziert sich der Anspruch auf Förderung über die Bestimmungen in den Sätzen 1 und 2 hinausgehend in dem Maße, wie der nach den Methoden gemäß Artikel 53 Nummer 6 und 7 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 ermittelte Beihilfehöchstbetrag überschritten wird.

(4) Einer Musikschule oder einer Jugendkunstschule, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, dürfen keine Beihilfen gewährt werden, ausgenommen sind Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen. Der Anspruch auf Förderung gemäß Absatz 1 Satz 1 ist unter der Voraussetzung des Satzes 1 ausgeschlossen.

(5) Der Antrag einer Musikschule oder Jugendkunstschule gemäß Absatz 1 Satz 1 ist unbeschadet des Vorliegens der Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2, 3 und 5 für ein Förderjahr ausgeschlossen, wenn die Musikschule den Antrag auf Anerkennung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 oder die Jugendkunstschule den Antrag auf Anerkennung gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 und 3 nicht vollständig bis zum

31. Dezember des dem Förderjahr vorausgegangenen Kalenderjahres bei dem für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium eingereicht hat.

(6) Das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium hat durch Rechtsverordnung zur Ausführung dieses Gesetzes die Aufteilung des Zuschusses gemäß Absatz 2 Satz 1 zwischen Musikschulen und Jugendkunstschulen einschließlich Fachbereichen gemäß § 3 Absatz 5 Nummer 2 an Musikschulen, die Verteilungsquotienten gemäß Absatz 2 Satz 2 und 3, die Ausschlussfristen für Anträge gemäß Absatz 1 Satz 1 und das nähere Verfahren zur Bemessung der Förderbeträge zu regeln.

§ 6 Anpassung der Förderung

(1) Ändern sich nach dem Haushaltsjahr 2022 die Personalkosten für die festangestellten Lehrkräfte an Musikschulen und Jugendkunstschulen aufgrund einer tarifvertraglichen Anpassung der Gehälter beziehungsweise einer Anpassung von Honoraren, kann sich der anteilige Zuschuss nur in dem Umfang erhöhen, in dem entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

(2) Die Höhe der Landesförderung unterliegt einer jährlichen Dynamisierung, die sich am Inflationsausgleich und den durchschnittlichen Tarifsteigerungen für Personal orientiert. Aktuell liegt dieser Wert bei drei Prozent.

§ 7 Bewilligungsverfahren, Hinzuziehung Dritter

(1) Das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium wird ermächtigt, zur Durchführung der Bewilligungsverfahren gemäß § 5 Absatz 2 eine juristische Person des Privatrechts mit deren Einverständnis zu beleihen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben bietet. Die beleihene juristische Person steht unter Fachaufsicht des für Kunst und Kultur zuständigen Ministeriums.

(2) § 4 Absatz 2 findet hinsichtlich der Verarbeitung der zur Durchführung der Bewilligungsverfahren erforderlichen Daten der Musikschulen und Jugendkunstschulen entsprechende Anwendung.

§ 8 Finanzierungsbeteiligung der Träger

(1) Die Landesförderung wird einer Kommune, einem Gemeindeverband, Landkreis oder einer sonstigen juristischen Person, an der eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder Landkreis mehrheitlich beteiligt ist, als Träger einer Musikschule nur gewährt, wenn sich die Gemeinde, der Gemeindeverband oder Landkreis bezogen auf das dem Förderjahr vorausgegangene Kalenderjahr an den Gesamtausgaben für die Musikschule angemessen (mindestens 50 Prozent) beteiligt hat. Staatlich anerkannten Musikschulen in freier Trägerschaft kann die Förderung nicht verwehrt werden, wenn sich Kommunen, Gemeindeverbände oder Landkreise angemessen (mindestens 50 Prozent) beteiligen.

(2) Die Landesförderung wird einer Kommune, einem Gemeindeverband, Landkreis oder einer sonstigen juristischen Person, an der eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder Landkreis mehrheitlich beteiligt ist, als Träger einer Jugendkunstschule nur gewährt, wenn sich die Gemeinde, der Gemeindeverband oder Landkreis bezogen auf das dem Förderjahr vorausgegangene Kalenderjahr an den Gesamtausgaben für die Jugendkunstschule angemessen beteiligt hat. Staatlich anerkannten Jugendkunstschulen in freier Trägerschaft kann die Förderung nicht verwehrt werden, wenn sich Kommunen, Gemeindeverbände oder Landkreise angemessen beteiligen.

(3) Absatz 1 und 2 gilt auch für die Träger, die einen Rechtsanspruch gegenüber einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder Landkreis auf Finanzierung der Musikschule oder Jugendkunstschule haben.

§ 9 Evaluation

Das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium ist verpflichtet, dem Landtag einen Evaluationsbericht über die Umsetzung der mit § 1 Absatz 2 sowie den §§ 3 und 5 verbundenen gesetzgeberischen Zielstellungen und zur Angemessenheit und Wirksamkeit des § 6 bis zum 31. Dezember 2024 zu übermitteln. Musikschulen und Jugendkunstschulen, die Förderungen aufgrund dieses Gesetzes erhalten, sind verpflichtet, für die Evaluation erforderliche statistische Daten dem für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium oder von ihm beauftragten Dritten zu übermitteln. Zu diesem Zweck kann der Bescheid über die Förderung gemäß § 5 Absatz 2 mit Nebenbestimmungen verbunden werden.

§ 10 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Öffentliche gemeinnützige Musik- und Jugendkunstschulen nehmen in Thüringen für die Gesellschaft wichtige Aufgaben in bildungs-, kultur-, sozial-, jugend- und familienpolitischer Hinsicht wahr und dienen damit im Sinne der Daseinsvorsorge der kulturellen Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie sind wichtige eigenständige außerschulische Bildungseinrichtungen zur Förderung der musikalischen und künstlerischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Erwachsenen und besonderen Zielgruppen, deren Bedeutung durch den vorliegenden Gesetzentwurf unterstrichen werden soll. Im Gegensatz zu anderen Ländern existiert in Thüringen bislang keine gesetzliche Regelung für den Musik- und Jugendkunstschulbereich.

Mit der Einführung des Erfordernisses von staatlichen Anerkennungen für öffentliche gemeinnützige Musik- und Jugendkunstschulen als wesentliche Voraussetzung für eine Landesförderung, der Einführung eines einheitlichen Verfahrens zur Erteilung von staatlichen Anerkennungen, der Festschreibung von Qualitätsstandards, der Einbeziehung der Jugendkunstschulen in das Anerkennungs- und Förderverfahren sowie der Gewährleistung einer stabilen verstetigten Finanzierung wird eine flächendeckende Versorgung des Landes mit leistungsfähigen und qualitativ hochwertigen Musik- und Jugendkunstschulen weiterhin sichergestellt und dem Anliegen, den Zugang zu geförderten Musik- und Jugendkunstschulen allen Interessierten im Freistaat Thüringen zu ermöglichen, Geltung verschafft.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu § 1**

Es wird der Anwendungsbereich des Gesetzes definiert, der sich auf öffentliche gemeinnützige Musik- und Jugendkunstschulen beziehungsweise Jugendkunstschulen und Jugendkunstschulbereiche an Musikschulen mit einer staatlichen Anerkennung erstreckt. Diesen Einrichtungen gewährt der Freistaat Thüringen eine Landesförderung auf der Grundlage geltender EU-Rechtsnormen.

Darüber hinaus werden ihre wesentlichen Aufgaben sowie das Landesinteresse an der Tätigkeit dieser Kultur- und Bildungseinrichtungen bestimmt. Neben dem Interesse des Landes an einer musikalischen und künstlerischen Grundversorgung der Bevölkerung besteht dieses ebenfalls in der Unterstützung der Entwicklung und Förderung besonderer musikalischer und künstlerischer Begabungen, der Hochbegabtenförderung sowie von Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen und Kindertageseinrichtungen. Dabei handelt es sich um Angebote, die sie über ihr Eigeninteresse beziehungsweise die Trägerinteressen (mindestens 50 Prozent des gesamten Unterrichtsvolumens) hinaus erbringen können. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Musik- und Jugendkunstschulen neben der Begabten- und Hochbegabtenförderung die für die jeweilige Region erforderliche musikalische und künstlerische Grundversorgung wahrnehmen und damit auch die Beteiligung der Träger an deren Finanzierung aufrechterhalten bleibt.

Zu § 2

Die Regelung der Trägerschaft soll begrifflich klarstellen, wer Träger einer Musik- und Jugendkunstschule sein kann. Ihre Trägerschaft können Kommunen, Gemeindeverbände, Landkreise oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie juristische Personen des privaten Rechts sein.

Zu § 3

Geregelt wird der Anspruch von Musik- und Jugendkunstschulen, die Bezeichnung "staatlich anerkannte Musikschule" beziehungsweise im Falle einer integrierten Jugendkunstschule oder Jugendkunstschulbereichs die Bezeichnung "staatlich anerkannte Musik- und Jugendkunstschule" oder die Bezeichnung "staatlich anerkannte Jugendkunstschule" zu führen, wenn bestimmte Voraussetzungen nach § 3 erfüllt sind. Neben der Gewährleistung von strukturellen Bedingungen (Qualität und Quantität des Unterrichtsangebots) wird dabei vor allem Wert gelegt auf die Qualifizierung des Personals und der Leitung, einen Mindestanteil an festangestellten Lehrkräften, eine bedarfsgerechte Ausstattung, Angebote für besondere Zielgruppen sowie auf Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen und Trägern der kulturellen Bildung als entscheidende Anerkennungsvoraussetzungen. Eine Anerkennung als staatlich anerkannte Einrichtung erfolgt jeweils für die Dauer von fünf Jahren und ist eine wesentliche Voraussetzung für den Anspruch auf eine Mitförderung durch das Land.

Zu § 4

In Absatz 1 wird dem für Kultur und Kunst zuständigen Ministerium die Berechtigung eingeräumt, eine juristische Person des Privatrechts mit der Durchführung der Verfahren zur Erteilung von Anerkennungen zu beauftragen. Um bei der beauftragten Rechtsperson in Hinblick auf die Entscheidung über die Erteilung einer staatlichen Anerkennung mögliche Interessenkollisionen auszuschließen, wird ausdrücklich festgelegt, dass diese nicht zugleich im Rahmen ihrer Tätigkeit Interessen antragsberechtigter Musikschulen und Jugendkunstschulen wahrnimmt. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass insbesondere Dachverbände, deren Mitglieder antragsberechtigte Musik- oder Jugendkunstschulen sind, von der Beauftragung ausgeschlossen sind.

In Absatz 2 werden die zur Prüfung der Anerkennungsverfahren erforderlichen Befugnisse der Verfahrensbeteiligten zur Erhebung und Übermittlung von personenbezogenen Daten geregelt.

Zu § 5

Absatz 1 regelt den Leistungsanspruch der im Freistaat Thüringen tätigen öffentlichen gemeinnützigen Musik- und Jugendkunstschulen gegenüber dem Land, wenn diese über eine nach § 3 gültige Anerkennung verfügen sowie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne von § 52 der Abgabenordnung dienen. Musik- und Jugendkunstschulen in unmittelbarer Trägerschaft von Kommunen, Gemeindeverbänden oder Landkreisen sind aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung vom Erfordernis des Nachweises der Gemeinnützigkeit befreit.

Absatz 2 regelt die wesentlichen Parameter, die zur Bestimmung der Höhe des Leistungsanspruchs der Musik- und Jugendkunstschulen durch die Bewilligungsbehörde herangezogen werden müssen. Diese sind die

Anzahl der geleisteten Unterrichtsstunden, die Gesamtschülerzahl und die Summe der Personalkosten jeweils bezogen auf das dem Förderjahr vorausgegangene Kalenderjahr. Der Gesamtförderbetrag des Landes beträgt ab dem Haushaltsjahr 2022 mindestens sechs Millionen Euro.

In den Absätzen 3 und 4 wird auf die im Zusammenhang mit der Gewährung von Beihilfen und Förderbeträgen geltenden EU-Rechtsnormen verwiesen.

Um ein geordnetes und gerechtes Förderverfahren zu gewährleisten, ist in Absatz 5 geregelt, dass Anträge auf Anerkennung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 4 Satz 2 und 3, die nicht vollständig bei dem für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium bis zum 31. Dezember des dem Förderjahr vorausgegangenen Kalenderjahres eingereicht werden, für das Förderjahr keine Berücksichtigung finden sollen.

In Absatz 6 wird das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium aufgefordert, durch Rechtsverordnung zur Ausführung dieses Gesetzes die Aufteilung des Zuschusses gemäß § 3 Absatz 5 Nummer 2 an Musikschulen, die Verteilungsquotienten gemäß Absatz 2 Satz 2 und 3, die Ausschlussfristen für Anträge gemäß Absatz 1 Satz 1 und das nähere Verfahren zur Bemessung der Förderbeträge zu regeln.

Zu § 6

Durch die Regelung in Absatz 1 soll sichergestellt werden, dass eine Erhöhung der Landesförderung nach dem Haushaltsjahr 2022 aufgrund tarifvertraglicher Anpassung der Gehälter beziehungsweise Honorare unter Haushaltsvorbehalt steht.

Absatz 2 regelt die jährliche Anpassung der Landesförderung, die sich am Inflationsausgleich orientiert.

Zu § 7

In Absatz 1 wird dem für Kultur und Kunst zuständigen Ministerium die Berechtigung eingeräumt, eine juristische Person des Privatrechts mit dem Bewilligungsverfahren zu beleihen. Dabei muss es sich nicht um die identische juristische Person handeln, die mit dem Verfahren zur Erteilung von staatlichen Anerkennungen beleihen werden kann. Abweichend von § 4 Absatz 1 wurde keine explizite Einschränkung für den potenziellen Kreis geeigneter Belehener dahin gehend aufgenommen, dass diese im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht zugleich Interessen förderfähiger Musik- oder Jugendkunstschulen wahrnehmen. Auf eine derartige Einschränkung soll verzichtet werden, da die Anerkennung als wesentliche Voraussetzung für den Leistungsanspruch in diesem Verfahrensstadium bereits vorliegt und sich das Bewilligungsverfahren im Wesentlichen auf die Ermittlung/Anwendung der Parameter für die Bemessung beschränkt, sodass ein Risiko für interessengeleitete Entscheidungen nicht besteht.

In Absatz 2 werden die datenschutzrechtlichen Befugnisse gemäß § 4 Absatz 2 für die Verfahrensbeteiligten der Bewilligungsverfahren für entsprechend anwendbar erklärt.

Zu § 8

Geregelt wird die Beteiligung der kommunalen Träger und der von Kommunen, Gemeindeverbänden oder Landkreisen unterstützten freien Trä-

ger an der Finanzierung der Musik- und Jugendkunstschulen. Während bei den Musikschulen eine Mindestbeteiligung von 50 Prozent an den Gesamtausgaben vorgesehen ist, wird für die Jugendkunstschulen eine angemessene Beteiligung an den Gesamtkosten durch die kommunalen Träger beziehungsweise der von Kommunen unterstützten freien Träger verlangt. Dabei besteht die Absicht, darauf hinzuwirken, dass die Träger ihre bisherigen Leistungen nicht auf die Eigenbeteiligung (Gebühren) der Nutzer überproportional übertragen. Auch um den Anteil der Nutzer an den Kosten für den Unterricht nicht wesentlich weiter ansteigen zu lassen und damit den Zugang zu den Einrichtungen nicht zu erschweren, ist es erforderlich, dass die Kommunen die von ihnen getragenen Musik- und Jugendkunstschulen ausreichend unterstützen. Mit der Koppelung der Landesförderung an die Förderung durch die Kommunen soll erreicht werden, dass der Anteil der Nutzer an der Gesamtfinanzierung nicht wesentlich weiter steigt. Eine Festschreibung auf mindestens 50 Prozent Trägeranteil bei den Jugendkunstschulen könnte für diese das Aus bedeuten beziehungsweise die Träger motivieren, ihren Anteil auf die Nutzer zu verlagern. Dennoch besteht auch hier die Intention, mit der Formulierung "angemessen" einen gewissen moralischen Appell an die Träger zu richten.

Zu § 9

§ 9 regelt die Verpflichtung des für Kunst und Kultur zuständigen Ministeriums, die wesentlichen Bestimmungen im Gesetz hinsichtlich der gesetzgeberischen Zielstellungen in ihrer Wirksamkeit zu untersuchen. Mit der Erfassung der dazu notwendigen Daten kann das Ministerium Dritte beauftragen. Der Evaluationsbericht ist dem Landtag spätestens bis zum 31. Dezember 2024 vorzulegen. Der Gesetzgeber soll dadurch angehalten werden, gegebenenfalls gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, falls die beabsichtigten Wirkungen nicht in dem erwarteten Maße eingetreten sind oder veränderte äußere Umstände zu nicht beabsichtigten Entwicklungen geführt haben.

Zu § 10

Geregelt wird das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Kulturrat Thüringen e.V.

Landesverband der Musikschulen Thüringen e.V.

Landeselternvertretung der Musikschulen in Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Bundesverband der Freien Musikschulen e.V.

Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e.V.

Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunstschulen Thüringen e.V.

Verband deutscher Musikschulen

Thüringischer Landkreistag e.V.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 - Z 7/7490											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Präsident Kulturrat Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Rudolf-Bratscheid-Str. 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99423 Weimar</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Präsident Kulturrat Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Rudolf-Bratscheid-Str. 4	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99423 Weimar	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
		Präsident Kulturrat Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Rudolf-Bratscheid-Str. 4									
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99423 Weimar										
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kulturmanagement	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	(siehe schriftl. Bemerkung) = Aufrechterhaltung und Begründung der Notwendigkeit der Gesetzesinitiative	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
JENA, 27.9.21	

Kulturrat Thüringen e.V.



Kulturrat Thüringen e.V. • R.-Breitscheid-Str. 4 • 99423 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und
Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
08.09.2021 15:52
22150121

Weimar, 08.09.2021

Landesgeschäftsstelle
Rudolf-Breitscheid-Straße 4
99423 Weimar
Telefon 03643.45 73 865
Fax 03643.45 73 764
Mobil 0152.056 43 482
Info@kulturrat-thueringen.de
www.kulturrat-thueringen.de

Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen“,

(Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz in Form der Drucksache 7/3385,
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit, Stellung nehmen zu dürfen zum „Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen“ im Namen der Mitgliedsverbände des Kulturrates Thüringen.

Als Präsident des Kulturrates ist es mir eine Ehre, vor dem dafür zuständigen Ausschuss des Landtages für Europa-, Kultur- und Medien-Angelegenheiten kurz Stellung zu diesem Gesetzesentwurf beziehen zu dürfen.

Unabhängig von der Fraktion, die den Gesetzesentwurf nun auf den Weg gebracht hat, begrüßt der Kulturrat Thüringen die Gesetzesinitiative zur Verabschiedung eines Musik- und Jugendkunstschulgesetzes im Freistaat Thüringen und geht davon aus, dass diese Gesetzgebung der politischen Willensbildung auch der anderen Fraktionen im Landtag entsprechen sollte. Der vorliegende Entwurf verdankt sich einer gemeinsamen Initiative des Landesmusikrats und der beiden Fachverbände für Musikschulen und Jugendkunstschulen im Freistaat: Alle vier genannten Verbände haben diesen Gesetzesentwurf im direkten Dialog mit den kulturpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen des Landtages auf den Weg gebracht.

Mitglieder
Architektenkammer Thüringen,
BDK-Fachverband für Kunstpädagogik,
Deutscher Bibliotheksverband – LV
Thüringen,
Deutscher Bühnenverein – LV
Thüringen,
Heimatbund Thüringen,
LAG Jugendkunstschulen Thüringen,
LAG Soziokultur Thüringen,
LAG Spiel und Theater in Thüringen,
Landesmusikrat Thüringen,
Landesvereinigung Kulturelle
Jugendbildung Thüringen,
Museumsverband Thüringen,
Thüringer Kulturamtsleiterkonferenz,
Thüringer Literaturrat,
Thüringer Theaterverband,
Verband deutscher
Archivarinnen und Archivare – LV
Thüringen,
Verband Bildender Künstler
Thüringen



Der Kulturrat Thüringen beschäftigt sich seit seiner Gründung mit der Situation der Musik- und Jugendkunstschohlen und stellt im Grundsatz fest, dass sich die Musik- und Jugendkunstschohlen in Thüringen in immer stärkerem Maße zum Bildungsgeber und Kompensator von Lücken entwickeln, die die zunehmend klaffenden Lücken im musischen Fächerangebot seitens der Schulen, mithin also im Pflicht-Bereich der Grundbildung, nicht mehr ausfüllen. Damit sehen sich Musik- und Jugendkunstschohlen vor verschiedene Herausforderungen gestellt, die die institutionelle Grundausrattung ihres Regelbetriebes betreffen. Diese Herausforderungen lassen sich im Kern vor allem am Kräfteverhältnis der anteiligen Größe von Festangestellten im Vergleich zu Honorarkräften sowie in der Vergütung letzterer festmachen. Aus Sicht des Kulturrats muss sich der Anteil der von fest angestellten Lehrkräften geleisteten Unterrichtseinheiten oberhalb von 60 % bewegen; die Bezahlung der Honorarkräfte sollte sich dagegen aufgrund eines geteilten Arbeitsmarkts stets an den Honorarsätzen der angrenzenden Bundesländer Sachsen und Bayern orientieren.

In vielen Kommunen und Landkreisen sind die Träger, egal welcher juristischen Form, mit dieser notwendigen Grundausrattung der Musik- und Jugendkunstschohlen allerdings finanziell überfordert. Dabei hängen sowohl die pädagogische, als auch die fachlich-künstlerische Qualität der Musik- und Jugendkunstschohlen direkt von der Kontinuität des Lehr- und Personalkörpers ab. Andererseits hängt die Qualität von freien und Honorarkräften von einer fairen, nicht prekarisierten Bezahlung ab. Darüber hinaus sehen sich diese Einrichtungen vor großen Transformationsherausforderungen, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, hier vor allem bei Aufbau und Entwicklung des sog. E-Learning. Auch diese Herausforderungen haben sich durch die Pandemie zusätzlich zugespitzt. In der Gesamtbetrachtung aus Sicht des Kulturrats ergibt sich hieraus ein gänzlich verändertes Bedarfsprofil, sowie eine gänzlich veränderte politische Situation, in der der Freistaat eine Mitverantwortung für die Grundausrattung in den Musik- und Jugendkunstschohlen übernehmen muss.

Es war ein erster und richtiger Schritt seitens des Freistaates, im Landeshaushalt finanzielle Förderansätze vorzusehen, um die Arbeit Musik- und Jugendkunstschohlen besser auszustatten. Aus Sicht des Kulturrats kommt diese Förderung jedoch bislang nicht passgenau den eigentlichen Bedarfen zu Gute: In Form der Projektförderung können die Mittel, die seitens des Freistaates Thüringen zur Verfügung stehen, von den Rechtsträgern nicht nachhaltig zur Bewältigung der oben beschriebenen, eigentlichen Grundprobleme im Bereich der Personalorganisationsentwicklung und



der Honorarvergütung eingesetzt werden. Aus diesem Grund hat der Kulturrat die vorliegende Gesetzesinitiative gemeinsam mit dem Landesmusikrat und den beiden Fachverbänden für Musik- und Jugendkunstschohlen auf den Weg gebracht und sich darum bemüht, einen möglichst konkreten und detailgenauen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten.

Warum schlagen wir aber nun eine Spartengesetzgebung vor? Dazu abschließend noch zwei Gesichtspunkte:

1. Eine reine Förderrichtlinie für den Bereich der Musik- und Jugendkunstschohlen genügt den oben beschriebenen Fragestellungen mitnichten. Der Gesetzgeber muss sich selbst und die Rechtsträger in eine möglichst verbindliche Pflicht bringen, um bundesweit bestehenden Qualitätsstandards und entsprechenden Zertifizierungen nachkommen zu können: Nur ein entsprechendes Gesetz, verstanden als ein kulturpolitisches Steuerungsinstrument, kann dem Ziel einer nachhaltigen und pädagogisch-qualitätsvollen Personal- und Organisationsentwicklung dieser zunehmend wichtigen Institutionen für die musische Grundbildung im Freistaat Thüringen gerecht werden. In der Form einer Gesetzgebung wird diese Aufgabe in der stärksten möglichen Form so verankert, dass die Kommunen die entsprechende Förderung nicht zur Kompensation ihrer eigenen Zuschüsse zweckentfremden.
2. Die Form eines Spartengesetzes wird möglicherweise als ungerecht gegenüber anderen Sparten empfunden, da sie als Besserstellung der Sparte der Musik- und Jugendkunstschohlen interpretiert werden könnte. Der Kulturrat Thüringen schätzt diese Situation anders und differenzierter ein: Die verschiedenen Sparten im Bereich der Kultur benötigen verschiedene Regelungen. Für die Theater und Orchester, der Museen sowie der Bibliotheken existieren bereits analoge Grundlagen. Ein Spartengesetz für Musik- und Jugendkunstschohlen schließt somit eine Lücke in der Kultugesetzgebung des Freistaats Thüringen und ebnet den Weg der kulturpolitischen Diskussion in Richtung etwaiger weiterer Regelungen für die verbleibenden Bereiche der Kulturellen Bildung und Soziokultur.

Musik- und Jugendkunstschohlen sind im Bereich der nonformalen Kulturellen Bildung für Thüringen wichtige Akteure für Thüringen. Die Qualität und Verlässlichkeit ihrer Angebote sind beispielgebend. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen tragen dazu bei, dass die Aufgaben und Erwartungen



an Musik- und Jugendkunstschohlen steigen. Ihre Aktivitäten vor allem auch jenseits der urbanen Zentren bilden ein festes Fundament im Sinne einer „Kultur für alle“. Um diese Angebote zukunftsfest für alle Thüringerinnen und Thüringer absichern zu können, sind Förderung und Finanzierung seitens des Landes im Rahmen eines Gesetzes zeitgemäß und richtungsweisend. Wichtig erscheint aus Sicht des Kulturrates Thüringen, dass im Gesetz auch die Förderung von vereinsgetragenen Strukturen verankert ist, die vor allem bei den Jugendkunstschohlen zu finden sind.

Der Kulturrat verspricht sich von der Schließung dieser Lücke einen substantiellen Schritt in Richtung einer grundsätzlichen Regelung der kulturellen Förderung und der damit verbundenen Standardisierung von Qualität und fairer Bezahlung der kulturellen Fachkräfte im Freistaat Thüringen und betrachtet die Zustimmung des Landtags zum vorliegenden Gesetzesentwurf daher als Meilenstein der Kulturentwicklung im Freistaat Thüringen.


Das Präsidium des Kulturrats Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkutschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkutschulgesetz), Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
<div style="background-color: #f2f2f2; width: 10px; height: 100px; margin: 0 auto;"></div>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesverband der Musikschulen Thüringen e.V.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Steubenstr. 15</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesverband der Musikschulen Thüringen e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steubenstr. 15	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Landesverband der Musikschulen Thüringen e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steubenstr. 15									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
<div style="background-color: #f2f2f2; width: 10px; height: 100px; margin: 0 auto;"></div>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz), Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. +		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Landeselternvertretung der Musikschulen in Thüringen c/o Verband deutscher Musikschulen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steubenstr. 15
	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz) Gesetzentwurf der CDU, Drs. 7/3385											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen - Drucksache 7/3385 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Bundesverband der Freien Musikschulen	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hardenbergstraße 9 a
	Postleitzahl, Ort	10623 Berlin
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Der Bundesverband der Freien Musikschulen e.V. (bdfm) vertritt deutschlandweit etwa 450 Musikschulen, an denen mehr als 200.000 Musikschülerinnen und Musikschüler von 7.500 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität zählen zu den wichtigsten Zielen des Verbandes. Der bdfm versteht das aktive Schaffen von Kultur als ein bedeutsames gesellschaftliches Ziel und unterstützt seine Musikschulen in ihrer Rolle als Bildungsträger.	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der bdfm begrüßt die Initiative für ein Musikschulgesetz in Thüringen ausdrücklich. Mit einem solchen Gesetz kann es gelingen, durch die Vernetzung von freien und kommunalen Musikschulen eine flächendeckende Versorgung an musikalischer Bildung zu ermöglichen und die Arbeitsverhältnisse in den Musikschulen zu verbessern. Anpassungsbedarf sehen wir beim § 3 im Hinblick auf die Wochenstundenzahl, den anzuerkennenden Lehrplänen und der Anerkennung der Lehrkräfte und Musikschulleitungen. Das vom bdfm 2019 eingeführte Musikschulzertifikat für freie Musikschulen könnte als Grundlage für das Zertifikat „staatlich anerkannte Musikschule in Thüringen“ herangezogen werden. § 8 Abs. 1 muss gestrichen werden. Durch diese Einschränkung entsteht eine Benachteiligung freier gemeinnütziger Musikschulen, die die Qualitätskriterien erfüllen aber keine kommunale Förderung erhält.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 21.09.2021	

bdfm Hardenbergstraße 9a 10623 Berlin
Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Bundesverband der Freien Musikschulen e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Hardenbergstraße 9a
10623 Berlin
Telefon: +49 30 577 00 59 80
Mail: info@freie-musikschulen.de
Internet: www.freie-musikschulen.de

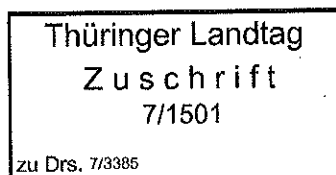
Berlin, den 9. September 2021

**Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen
im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz)
Stellungnahme zum Gesetzentwurf durch den Bundesverband der Freien Musikschulen e.V.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage übersende ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetzes.

Mit freundlichen Grüßen



**Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen
im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz)**

Stellungnahme zum Gesetzentwurf durch den Bundesverband der Freien Musikschulen e.V.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

der Bundesverband der Freien Musikschulen begrüßt die Initiative für ein Musikschulgesetz in Thüringen ausdrücklich. Mit einem solchen Gesetz kann es gelingen, durch die Vernetzung von freien und kommunalen Musikschulen eine flächendeckende Versorgung an musikalischer Bildung zu ermöglichen und die Arbeitsverhältnisse in den Musikschulen zu verbessern.

Zur Anerkennung einer Musikschule haben wir folgende Anmerkungen:

§3 Abs. 2

Eine Wochenstundenzahl von 150 halten wir für nicht geeignet, um Musikunterricht im ländlichen Raum in die Förderung mit einzubeziehen. Im ländlichen Raum tätige Musikschulen können diese Wochenstundenzahl häufig nicht erreichen. Um dort die musikalische Vielfalt zu stärken, sollte dieser Absatz gestrichen werden.

§3 Abs. 2 b) , 3 und 4

Eine Musikschule sollte die Anerkennung nicht nur dann bekommen, wenn sie sich am VDM Lehrplan orientiert. Es gibt mittlerweile Lehrpläne, die bessere methodische Ansätze haben und international anerkannt sind, wie z. B. Trinity oder ABRSM. Diese Lehrpläne sollten ebenfalls in Thüringen anerkannt werden. Eine prozentuale Belegung von Fächern sagt nichts über die Qualität einer Musikschule aus, daher sollte Punkt 3 gestrichen werden. Eine immer größere Verschulung von Musikschulen halten wir nicht für zielführend und auch nicht für zeitgemäß. Wir definieren Musikschulen als kreative Orte an denen Kinder und Jugendliche nach Ihren Bedürfnissen gefördert werden sollen. Dies ist durch ein solch starres Konzept nicht mehr zu erreichen.

§3 Abs. 5

Die Anerkennung als Lehrkraft sollte nicht nur durch den VDM sondern auch durch die Lehrbefähigung des Bundesverbandes der Freien Musikschulen möglich sein.

§3 Abs. 7

Zu Punkt 7 möchten wir folgendes anmerken: Warum soll die Musikschulleitung ein abgeschlossenes musikpädagogisches Studium vorweisen? Wenn in der Musikschule alle Dozentinnen und Dozenten ein Musikstudium vorweisen müssen, ist dieser Punkt nach unserer Einschätzung und Erfahrung nicht nötig, es sei denn die Schulleitung unterrichtet ebenfalls. Ansonsten ist eine Schulleitung für die ordnungsgemäßen Abläufe in der Musikschule zuständig, die man auch durch andere Qualifikationen sicherstellen kann.

§8 Abs. 1

Dieser Absatz muss gestrichen werden. Durch diese Einschränkung entsteht eine Benachteiligung freier gemeinnütziger Musikschulen, die die Qualitätskriterien erfüllen aber keine kommunale Förderung erhält.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass der Bundesverband der Freien Musikschulen bereits 2019 ein Zertifikat für freie Musikschulen entwickelt hat, welches weitgehend den Kriterien dieses Gesetzesentwurf entspricht und das als Grundlage für das Zertifikat „staatlich anerkannte Musikschule in Thüringen“ herangezogen werden könnte.

*Vorstandsvorsitzender des
Bundesverbandes der Freien Musikschulen e.V.*

Berlin, den 9. September 2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?																
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 -																
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>															
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>BUNDESVERBAND DER JUGENDKUNSTSCHULEN UND KULTURPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN (BTKE) e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>KURPARK 5</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>59425 UNNA</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		BUNDESVERBAND DER JUGENDKUNSTSCHULEN UND KULTURPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN (BTKE) e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	KURPARK 5	Postleitzahl, Ort	59425 UNNA					
	Name	Organisationsform														
		BUNDESVERBAND DER JUGENDKUNSTSCHULEN UND KULTURPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN (BTKE) e.V.														
	Geschäfts- oder Dienstadresse															
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	KURPARK 5														
Postleitzahl, Ort	59425 UNNA															
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>															
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>L Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>L Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2"><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			L Geschäfts- oder Dienstadresse	L Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer					Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname														
	L Geschäfts- oder Dienstadresse	L Wohnadresse														
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>															
Straße, Hausnummer																
	Postleitzahl, Ort															

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der bjk begrüßt den Gesetzentwurf und bezeichnet ihn (im Bund-Länder-Vergleich) als richtungsweisenden Vorstoß.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.9.2021	

**Stellungnahme des bjke (Bundesverband der Jugendkunstschulen und
Kulturpädagogischen Einrichtungen e.V.)**

**zum Gesetzentwurf der Thüringer CDU-Landtagsfraktion „Thüringer Gesetz zur
Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat
Thüringen“ (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz)**

Hier: Lesefassung für die Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des
Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e.V.
(bjke) bedankt sich für die Gelegenheit, zum Entwurf des Thüringer Musik- und
Jugendkunstschulgesetzes Stellung zu nehmen. Er vertritt seit 1983 die bundesweit etwa
400 Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen sowie 13
Landeszusammenschlüsse. Dazu gehört auch die Landesarbeitsgemeinschaft der
Jugendkunstschulen Thüringen e.V.

Der bjke begrüßt die Initiative der CDU-Fraktion als richtungsweisenden Vorstoß, die
Jugendkunstschulförderung in Thüringen erstmals gesetzlich zu verankern. Als sechstes
Bundesland würde der Freistaat mit dem Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz die
Empfehlungen aus dem Schlüssbericht der Kultur-Enquête des Deutschen Bundestages von
2007 nach gesetzlicher Verankerung der Infrastrukturen kultureller Bildung „insbesondere
des Musik- und Jugendkunstschulwesens“ umsetzen. Damit unterstreicht der Freistaat, der
1990 unter den damals neuen Bundesländern federführend in die Entwicklung neuer
Trägerstrukturen Kultureller Bildung eingestiegen ist, auf bundesweit vorbildliche Weise
seinen Entwicklungsanspruch und seine Bereitschaft, die so entstandenen Infrastrukturen
auch nachhaltig abzusichern.

Hintergründe, Daten und Fakten aus dem bjke:

- Mehr als 600.000 zumeist junge Menschen im Jahr nehmen i.d.R. wöchentlich die
Kulturellen Bildungsangebote der Jugendkunstschulen wahr. Hier nicht aufgeführt
sind die zahllosen Besucherinnen und Besucher von Ausstellungen, Aufführungen
oder offenen Kooperationsangeboten.
- Innerhalb von nur 30 Jahren hat sich die Zahl der Jugendkunstschulen in
Deutschland bis 2021 auf etwa 400 mehr als verdoppelt.
- Außer in Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt (jeweils nur wenige JKS) sind die
meisten Einrichtungen Deutschlands in Landesverbänden organisiert.
- Im Bundesdurchschnitt kooperiert jede Jugendkunstschule mit 21 verschiedenen
Partnern (12 davon sind Schulen) im Jahr. (Die Corona-Jahre 2020 und 2021 bilden
eine Ausnahme!)
- Etwa 65% der Jugendkunstschulen bundesweit befinden sich in freier
gemeinnütziger, rund 30% in kommunaler Trägerschaft, die übrigen 5% in privater
oder Stiftungshand.

Was zeichnet die Arbeit in Jugendkunstschulen aus?

Forschungsergebnisse zeigen: „Neben den technischen Fähigkeiten – dem künstlerischen, ‚Know-how‘, welches vermittelt wird – stärken die künstlerischen Angebote auch das soziale Selbstkonzept der Teilnehmenden und haben einen positiven Einfluss auf deren Selbstwahrnehmung sowie auf ihre Reflexions- und Kritikfähigkeit.“ [Vgl. Wirkungsstudie „JuArt. Eine Studie zu den Wirkungen von Angeboten in der Kulturellen Kinder- und Jugendarbeit“ der Universität Kassel und der Philipps-Universität Marburg]; Rat für Kulturelle Bildung, 2017.

Jugendkunstschulen und Kulturpädagogische Einrichtungen bilden in Deutschland nicht nur eine relevante Größe lokaler Grundversorgung mit ganzheitlicher Bildung. Sie sind neben den Musikschulen der wichtigste außerschulische Struktur- und Konzeptpartner Kultureller Kinder- und Jugendbildung.

In Jugendkunstschulen stehen den Teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler sowie pädagogische Fachkräfte für ihre freie Arbeit am künstlerischen Projekt zur Verfügung. Ihre Sparten- und Methodenvielfalt, Interdisziplinarität, hohe Innovationsdynamik und passgenaue, niedrigschwellige Angebotskonzepte sowie ihre kulturpädagogische Kompetenz in allen Altersstufen machen Jugendkunstschulen zu starken, erfahrenen Partnern vielfältiger zivilgesellschaftlicher Kooperationen. Dazu gehören Bildungseinrichtungen ebenso wie Kommunen, Vereine und Verbände, Handwerk oder Künstlerinnen und Künstler der Freien Szene in der jeweiligen Region.

Jugendkunstschulen arbeiten mit dem Anspruch, „Kultur für alle“ anzubieten. Was nicht gleichzusetzen ist mit „Alles für alle“. Vielmehr richten sich die Angebote nach der Breite und Qualifikationsvielfalt der Künstlerinnen, Künstler und Kulturpädagog*innen, den Voraussetzungen des Projektrahmens sowie dem individuellen Interesse der Teilnehmenden.

Jugendkunstschulen fördern die Geschlechterparität und können eine hohe Verweildauer gerade auch in der ‚sensiblen‘ Altersspanne der Pubertät nachweisen. Spezifische Angebotsinitiativen in Querschnittsbereichen begründen diesen Anspruch, wobei insbesondere partizipative Ansätze, Kooperationen mit Schulen, integrative Angebote in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sowie in ländlich geprägten Räumen und Angebote für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Nationalität, mit jungen Geflüchteten und jungen Menschen mit Behinderung diesen realisiert.

Weiterhin lässt sich feststellen, dass Kulturelle Bildung in Jugendkunstschulen bei individueller Schwerpunktbildung in besonderer Weise geeignet ist, spezifischen ‚Problemlagen‘ und Gestaltungsdefiziten mit individuellen Lösungskonzepten zu begegnen.

Zum vorliegenden Gesetzesentwurf

Der bjke bewertet die vorliegende Fassung äußerst positiv. Den unterschiedlichen Förderbedingungen für Häuser in kommunaler Trägerschaft und Einrichtungen in anderer Trägerschaft wird hier Rechnung getragen. Dass eine Förderung dann erfolgen kann, wenn die Einrichtungen sich einem Anerkennungsverfahren stellen, bewerten wir ebenfalls positiv. Dadurch ist aus unserer Sicht auch eine Öffnung für Neugründungen gegeben. Diese sind dem hohen Qualitätsanspruch in der Vermittlung kultureller Bildung sowie einem vielfältigen und inklusiven Angebot einer Jugendkunstschule verpflichtet.

Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, kann es dazu beitragen, dass sich die Angebote der Thüringer Jugendkunstschulen zukunfts fest entwickeln können, Personal beschäftigt und über einen Projektzeitraum hinaus finanziert werden kann.

Unsere Hinweise und Anmerkungen zu konkreten Textpassagen:

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der bjke begrüßt die systematische Problemdarlegung und den nachhaltigen, einrichtungsübergreifenden Lösungshorizont. Die Herausforderungen sind adäquat beschrieben. An einer Stelle (Abs. 2, 4./5. Zeile) ist ausnahmsweise von „Musik- und Kunstschulen“ die Rede, sonst generell von „Musik- und Jugendkunstschulen“. Hier wäre zu klären, ob im Sinne des § 1, Abs. 1, letzter Satz im Gesetzesentwurf ein eigener Typus der integrierten „Musik- und Kunstschule“ gemeint ist, die landesgesetzlich als „Musikschule im Sinne dieses Gesetzes“ gelten würde, oder ob das Gesetz einheitlich und ausschließlich im Sinne seines Regelungsbereichs von „Musik- und Jugendkunstschulen“ handeln sollte mit der doppelten Bedeutung

- entweder als Aufzählung verschiedener Einrichtungstypen Musikschulen oder Jugendkunstschulen
- oder als Sonderfall der integrierten Musik- und Jugendkunstschulen, die dann nach aktuellem Wortlaut Musikschule wäre, was gewisse Probleme aufwirft, s.u.

B. Lösung

1. Absatz: Der bjke begrüßt den politischen Mut und den bildungspolitisch weiten Horizont des Gesetzesentwurfs, der prinzipiell von der „inhaltlichen Gleichwertigkeit“ des Bildungsbeitrags von Musikschulen und Jugendkunstschulen ausgeht. Dieser Horizont deckt sich mit demjenigen der Kultur-Enquête des Deutschen Bundestages, zu dem bjke und VdM in gleich weiter Perspektive Stellung nehmen durften. Er ist maßstabsetzend.

Dies gilt auch für das dezidierte Interesse des Landes an der Qualitätssicherung und der Reichweite eines flächendeckenden Musik- und Jugendkunstschulangebots. Geist und Wortlaut des Gesetzesentwurfs knüpfen damit aus Sicht der Jugendkunstschulen an die bundesweit maßstabsetzenden Infrastrukturen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern an.

D. Kosten

Die vorgesehene Dynamisierung der Landesförderung wird durch den bjke ausdrücklich begrüßt. Vergleichbare Regelungen haben erst einige Bundesländer gesetzlich abgesichert.

Zu § 1 des Gesetzentwurfes

Abs. 2 Die Verzahnung von Trägerinteresse und Landesinteresse mit dem Fokus „öffentliche gemeinnützige Bildungs- und Kultureinrichtungen“ zur Untermauerung und Legitimation des gesellschaftlichen Bildungsauftrags mit gesetzlicher Fördergewährleistung wird vom bjke ausdrücklich begrüßt. Grundversorgung, Kooperation und Entdeckung und Begleitung von Begabungen erfüllen hier eine Scharnierfunktion.

Zu § 2 des Gesetzentwurfes

Die Regelungen zur Rechtsträgerschaft stellen öffentliche Träger und frei-gemeinnützige Träger prinzipiell gleich. Klärungsbedürftig ist aus Sicht des bjke, ob auch private Rechtsträger ohne Gemeinnützigkeit anerkennungsfähig sein sollen. Dies sieht der bjke – auch vor dem Hintergrund der bundesweiten Einrichtungsstruktur und der Firmierung als „öffentliche“ Einrichtungen – kritisch.

Zu § 3 des Gesetzentwurfes

Das Tableau der vorgesehenen fachlichen Anerkennungskriterien deckt sich mit dem Leitbild des bjke für die Jugendkunstschulen und geht an einigen Stellen über die Mindeststandards in anderen Bundesländern hinaus. Die Dualität von mindestens zwei Fachbereichen der Bildenden Kunst und (mindestens) einer weiteren Kunstsparte (die Bezeichnung „Angewandte Kunst“ ist hier irreführend, s.u.) unterstreicht die gewünschte Interdisziplinarität (mindestens zwei Sparten) von Jugendkunstschulen. Für die erweiterte Anerkennung als

- entweder staatlich anerkannte Musik- und Jugendkunstschule (§ 3, Abs. 1)
- oder staatlich anerkannte Jugendkunst- und Musikschule (§ 3 Abs. 4)

fordert der Gesetzentwurf die Abdeckung jeweils beider Regelungstableaus für die Musikschulen und die Jugendkunstschulen. Der bjke begrüßt die Offenheit des Gesetzentwurfs für beide Namensvarianten (s.o.). Dies bietet interessierten Träger auch die Möglichkeit zur Definition eines Selbstverständnisses – je nachdem, was vorn im Namen stehen soll.

§ 3

(5.1.)

Wir bitten darum, das Angebotstableau der Jugendkunstschulen gemäß KGST-Produktkatalog um „offene Angebote“ zur erweitern auf „Kurse, Workshops, offene

Angebote und Kunstprojekte". Offene Angebote gehören zum Kernbestand der Jugendkunstschulen, u.a. auch zur Unterstützung der Berufsvorbereitung.

Wir weisen darauf hin, dass in § 3 (5.2.) die Förderfähigkeit des bereits 1977 im Ergänzungsplan „Musisch-kulturelle Bildung“ des Bundes und der Länder anvisierte spartenübergreifende Konzept der Jugendkunstschulen sichergestellt werden muss. Mehrspartigkeit ist das Kernelement des künstlerisch-pädagogischen Programms und bundesweites Alleinstellungsmerkmal des Einrichtungstyps. Auch der Deutsche Städtetag bezieht sich in seiner 2003 veröffentlichten Orientierungshilfe „Jugendkunstschule“ auf das Mehrspartenkonzept, wenn es heißt: „Mit ihrem spartenübergreifenden Konzept, das Kunst und Medien, Tanz und Theater, Kultur und Spiel, Schule und Freizeit miteinander ins Gespräch bringt, erscheinen Jugendkunstschulen in besonderer Weise geeignet, dem aktuellen und künftig noch zunehmenden Bedarf nach Kooperation und Vernetzung von Kulturellen Bildungsangeboten in den Städten starke und nachhaltige Impulse zu verleihen.“

§ 3

(5.2.)

Wir regen unter (5) 2. die folgende Präzisierung an:

„2. ein ganzjähriges Angebot mit mindestens 800 künstlerisch-pädagogisch *gebuchten* Angebotsstunden in ausgewogenem Verhältnis in den Fachbereichen
a) Bildende Kunst sowie
b) *mindestens einer weiteren Sparte (wie beispielsweise Theater, Tanz/Musical, Film, Literatur, Medien, Zirkus, Angewandte Kunst u.a.) realisiert;*
eine Angebotsstunde umfasst 60 Minuten. *[Rest entfällt, weiter mit 3.]*“

Ausblick

Insgesamt begrüßt der bjke den vorliegenden Gesetzentwurf und stellt fest, dass dieser für die derzeit 13 Thüringer Jugendkunstschulen einen großen Schritt hin zur Sicherung ihrer qualitativ hochwertigen Arbeit bedeutet. Im Bundesvergleich würde der Freistaat Thüringen damit zu bisher sechs weiteren Bundesländern aufschließen, welche die infrastrukturelle Landesförderung einrichtungsbasierter Kultureller Bildung in Musik- und/oder Jugendkunstschulen landesgesetzlich verankert haben.

Anders als das Spartenkonzept der Musikschule erfordert das interdisziplinäre Konzept der Jugendkunstschule prinzipiell eine inhaltliche Unabschließbarkeit. Es liegt im Wesen dieses kulturellen Vielfaltskonzepts, sich niemals abschließend zu beschreiben. Für diesen pluralen und offenen Horizont bietet der Gesetzesentwurf eine stabile, entwicklungsoffene und -zugewandte Grundlage. Aus Sicht des bjke – auch im Bund-Länder-Vergleich – ein Quantensprung und daher unbedingt unterstützenswert.

2 7/1574
zu Dr. 7/3385

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschohulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	N 6
	Organisationsform
	Verband der Musik- und Kunst-Schulen Brandenburg e.O.
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Schiffbauergasse 45
	Postleitzahl, Ort
	14467 Potsdam
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Förderung der Musik- und Kunstschularbeit in Brautleben	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Notwendigkeit eines Musik- und Kunstschulgesetzes in Thüringen zur Förderung und Sicherung der Schulen im Land.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Bobdahn, 22.9.21



Verband der Musik-
und Kunstschulen
Brandenburg

VdMK Brandenburg e.V. Schiffbauergasse 4b 14467 Potsdam

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
10.09.2021 13:49

22 439/2021

Datum: 10.09.2021

Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben den Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e. V. um eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen gebeten.

Als Fach- und Trägerverband der öffentlichen Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg begrüßen wir das Gesetzesvorhaben im Freistaat Thüringen ausdrücklich. Das Land Brandenburg verfügt seit dem Jahr 2000 über ein Musikschulgesetz, in dem sowohl die Anerkennungsvoraussetzungen für die Musikschulen als auch die finanzielle Beteiligung des Landes an den öffentlichen Musikschulen geregelt ist. Im Jahr 2014 wurde das Musikschulgesetz um die Jugendkunstschulen erweitert und als brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz weitergeführt.

Aus den Erfahrungen mit dem brandenburgischen Musik- und Kunstschulgesetz und unter Berücksichtigung der Regelungen im Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen möchten wir die folgenden Punkte besonders hervorheben:

- Wir begrüßen die Verbindung von objektiven Qualitätsstandards und daraus resultierender finanzieller Beteiligung des Freistaats Thüringen zur Sicherung der Musik- und Kunstschulstruktur.
- Die Erfassung sowohl von Musik- als auch von Kunstschulen in einem Gesetz bei gleichzeitiger Berücksichtigung der spartenspezifischen Unterschiede im Rahmen des Anerkennungsprozesses hat sich in Brandenburg bewährt. Wir freuen uns, dass das Gesetz in Thüringen ähnliche Regelungen vorsieht (vgl. § 3 Abs. 2 und 5).
- Von besonderer Bedeutung ist die gesetzliche Festschreibung der Landesförderung, da nur durch ein konkretes und verlässliches Fördervolumen Strukturen verstetigt und positiv beeinflusst werden können. Die Höhe des Fördervolumens muss, wie in § 5 Abs. 2, Eingang in das Gesetz finden.

- In Bezug auf den Verteilungsschlüssel ist die Unterscheidung in Musikschulen und Kunstschulen sinnvoll (vgl. § 5 Abs. 2). Das vorausgegangene Kalenderjahr als Datengrundlage hat sich bereits in Brandenburg bewährt.
- Ziel des Musik- und Kunstschulgesetzes ist es durch eine stabile bedarfsgerechte Förderung flächendeckende Angebote an Musik- und Kunstschulen zu sichern und den Trägern Planungssicherheit zu geben. Insbesondere in Bezug auf eine langfristige, auf Strukturen ausgelegte Landesförderung ist es wichtig, dass die Landesförderung dynamisiert wird und sich am Inflationsausgleich und den durchschnittlichen Tarifsteigerungen für das Personal orientiert. Der § 6 Abs. 2 ist somit unabdinglich.
- In Brandenburg zeigt die Musik- und Kunstschullandschaft eine unterschiedliche Finanzierungsbeteiligung der Träger im Bereich der Musik und der Kunst. Insofern ist es verständlich, dass § 8 des Gesetzesentwurfes unterschiedliche Regelungen für die Trägerbeteiligung bei Musik- und Kunstschulen vorsieht.
- Nach seinem Inkrafttreten soll das Gesetz evaluiert werden (vgl. § 9). Eine Evaluation zur Umsetzung des Gesetzes ist bis Dezember 2024 mit Sicherheit machbar und aufschlussreich. Fraglich ist, ob bei beginnender Förderung im Jahr 2022 und Datenerhebung im Jahr 2024 (also auf Basis der Jahre 2022 und 2023) bereits eine valide Aussage über die Erreichung der gesetzgeberischen Ziele sowie über die Angemessenheit und die Wirksamkeit des Gesetzes getroffen werden kann. Eventuell bietet sich eine längere Erprobungsphase an. Gleichzeitig müssen die zu erreichenden Ergebnisse im Verhältnis stehen zu den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln und der zur Umsetzung zur Verfügung stehenden Zeit. An dieser Stelle könnte es aus unserer Sicht Anpassungsbedarf geben.

Alles in allem halten wir den vorliegenden Gesetzentwurf jedoch für geeignet, die benannten Ziele zu erreichen, sodass wir für das weitere Gesetzgebungsverfahren gutes Gelingen wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschohulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Vorstand LAG Jugendkunstschohulen Thüringen e.V.</i></td> <td style="border: none;"><i>e.V.</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"><i>Domstr. 20a</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>Jugendkunstschohul Nordhausen</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>99734 Nordhausen</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Vorstand LAG Jugendkunstschohulen Thüringen e.V.</i>	<i>e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Domstr. 20a</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Jugendkunstschohul Nordhausen</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99734 Nordhausen</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Vorstand LAG Jugendkunstschohulen Thüringen e.V.</i>	<i>e.V.</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Domstr. 20a</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Jugendkunstschohul Nordhausen</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99734 Nordhausen</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">L Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">L Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none; font-size: small;"> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	L Geschäfts- oder Dienstadresse	L Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	L Geschäfts- oder Dienstadresse	L Wohnadresse									
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 8 ThürBeteilddokG)	
	Geschäftsführung / Leitung der Jugendkunstschule Nordhausen e.V. Vorstand der LAG Jugendkunstschulen Thüringen e.V.	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Befürwortung des Gesetzentwurfs	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 9.9.2021	



Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunstschulen Thüringen e.V.

zum Gesetzentwurf der Thüringer CDU-Landtagsfraktion „Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen“ (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz)

Hier: Lesefassung für die Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien,

wir danken für die Gelegenheit zum vorliegenden Gesetzentwurf des Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz Stellung zu nehmen.

Die LAG Jugendkunstschulen Thüringen – wer wir sind und was wir tun.

Die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Jugendkunstschulen wurde 1997 gegründet. Aktuell versammeln sich 13 Jugendkunstschulen unter ihrem Dach. Vorstand und Geschäftsführung der LAG vertreten satzungsgemäß die Interessen ihrer Mitglieder. Die LAG bietet ihren Mitgliedern Unterstützung bei Konzeption und Finanzierung von überregionalen Kunst- und Kulturprojekten, Fortbildungsveranstaltungen für Dozentinnen und Dozenten und fördert den Auf- und Ausbau einer lebendigen Jugendkunstschullandschaft in Thüringen.

Gute Gründe für Jugendkunstschulen – was zeichnet sie aus?

Jugendkunstschulen gehören ebenso wie Musikschulen zu den bedeutendsten Einrichtungen der Kulturellen Bildung im außerschulischen Bereich. Eine Jugendkunstschule zeichnet sich durch die hohe künstlerische und pädagogische Qualität ihrer Angebote an vorwiegend Kinder und Jugendliche in der künstlerisch-ästhetischen Arbeit aus. Alle Mitglieder der LAG haben sich hohen Qualitäts-Standards verpflichtet. Dennoch ist keine Jugendkunstschule wie die andere: jedes einzelne Haus verfügt über spezielle Schwerpunkte. Angeboten werden Kurse, Projekte und Workshops in den Sparten Bildende Kunst, Keramik, Darstellende und Angewandte Kunst, Design, Kunsthandwerk.

In den 13 Thüringer Jugendkunstschulen sind 169 Künstlerinnen und Künstler und 39 angestellte Personen beschäftigt. In Kursen, Projekten und Workshops sowie mit mobilen Angeboten vorwiegend im ländlichen Raum findet die Vermittlung von künstlerisch-ästhetischen Techniken statt. Aus einer aktuellen Mitgliederumfrage wird ersichtlich, dass selbst im Corona-Jahr 2020 insgesamt etwa 9.200 Angebotsstunden in den 13 Thüringer Jugendkunstschulen stattfanden.

Die Jugendkunstschulen bieten eine breite Palette von künstlerischen Formaten in verschiedenen Sparten an. Sie bieten Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen Raum zur Entfaltung ihrer künstlerischen Neigungen. Die Vielfalt der Lebenswelten und Interessen von Kindern und Jugendlichen entspricht der Angebotsvielfalt und Programmprofile der einzelnen Häuser. Ausgehend von Zielgruppen und den lokalen Gegebenheiten sind Angebotsdifferenzierung und –vielfalt, Neigungs- und Begabtenförderung mit den Mitteln der Künste und Medien absolut ausschlaggebend. Dadurch unterscheiden sich Jugendkunstschulen in ihren kulturell künstlerischen und schöpferischen Angeboten deutlich von anderen Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Die



Jugendkunstschulen bieten ein spartenübergreifendes und multimediales Angebotskonzept, das mit vielen Künsten unter einem Dach kreative Neigungen aufgreift und eigenschöpferisches Agieren vertieft. Hierbei ist Gruppenarbeit die Regel. Immer steht dabei die kulturpädagogische Praxis im Mittelpunkt. Den Schwerpunkt bilden hier strukturierte, kontinuierliche moderierte Angebote in Kurs-, Projekt- und Workshop-Form. Intensive Kleingruppenarbeit, Zusammenarbeit mit Künstlerpersönlichkeiten und die konzeptionell verankerte Netzwerkarbeit mit Personen und Institutionen kennzeichnen weitere Unterschiede.

Jugendkunstschulen treten in zahlreichen Kooperationen als verlässliche Partner auf. In ihren Regionen bilden sie oft die zentralen Einrichtungen für Projekte im Bereich der Kulturellen Bildung. Besonders die Jugendkunstschulen im ländlichen Raum Thüringens (ohne Weimar, Erfurt und Jena sind das 9 Häuser) sind wichtige „Ankereinrichtungen“ der Kulturellen Bildung.

Kulturelle Bildung als wichtiger Bestandteil der Persönlichkeitsbildung.

Als Scharniereinrichtungen zwischen Freizeit, Bildung und Kultur sind die Jugendkunstschulen prädestiniert Impulse zur Kompetenzbündelung zu setzen. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur eröffnet neue Erfahrungsräume, in denen kreatives und experimentelles Denken und Handeln erprobt werden kann. Diese Form der ästhetischen Weltaneignung fördert die unabhängige Persönlichkeitsentwicklung und stärkt damit die individuelle Kritikfähigkeit, die eine Voraussetzung für ein offenes und demokratisches Gemeinwesen ist. Kulturelle Bildung bedeutet Bildung zur kulturellen Teilhabe. Kulturelle Bildung nach dem Prinzip „Kultur für Alle“ stärkt die demokratische Zivilgesellschaft. „Kulturelle Bildung bezeichnet den Lern- und Auseinandersetzungsprozess des Menschen mit sich, seiner Umwelt und der Gesellschaft im Medium der Künste und ihrer Hervorbringungen.“ (Ermert, Karl: Was ist kulturelle Bildung?; online: www.bpb.de) Mit der Förderung von Kreativität im Rahmen der Jugendkunstschulen gewährleistet Kulturelle Bildung den Erwerb von künstlerischer, kultureller und sozialer Kompetenz als Ressource für gesellschaftliche Innovation. Neben den bereits genannten Schwerpunkten stellen Jugendkunstschulen weitere Dienstleistungen wie: Kunstpädagogische Projekte für Schule und Kindereinrichtungen, Multiplikatorenfortbildungen, ästhetische Frühbildung, Praktikumsplätze zur Berufsfindung sowie Studienberatungen an.

Zum Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz:

Die Jugendkunstschulen mussten schon immer nach dem Prinzip viel Output mit wenig Input arbeiten. Ungeachtet der Vielfalt möglicher Organisationsformen ist Eigenständigkeit im Hinblick auf Leitung, Budget, Programm und Öffentlichkeitsarbeit ein unentbehrliches Minimum, auf das die Angebotsentwicklung und -kontinuität nicht verzichten kann. Die Jugendkunstschulen brauchen konzeptionell und strukturell ein organisierendes Zentrum. Die Festanstellung im Durchschnitt von ca. 3 Mitarbeiter:innen pro Schule davon 1/3 in Vollzeit ist extrem niedrig. Die stetige Verkehrrung von Regel und Ausnahme ist strukturell kontraproduktiv und gefährdet vorhandene Innovationspotentiale. Es bedarf dringend Maßnahmen zur langfristigen Qualitätssicherung und Konsolidierung.

Im Jahr 2020 konnten die Thüringer Jugendkunstschulen dank einer Landesförderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro ihre Strukturen sichern und kurzfristig ausbauen: präker Beschäftigten konnte erstmals ein befristeter Arbeitsvertrag angeboten werden. Honorare für Künstlerinnen und Künstler konnten auf



25 Euro pro Zeitstunde angehoben werden. Viele Einrichtungen haben in Ausstattung investieren können. Diese Förderung wurde uns auch im Jahr 2021 zuteil. Sie wurde sogar noch angehoben. Damit konnten die Arbeitsverträge (von 39 angestellten Personen sind derzeit 2/3 in Teilzeit beschäftigt) um ein Jahr verlängert werden. Die Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 führte zu Einnahmeausfällen, welche dank der Landesförderung keine Jugendkunstschule in eine existenzbedrohliche Lage brachte. Dafür danken wir im Namen aller Mitglieder sehr herzlich!

Doch warum sind wir nicht zufrieden mit einer jährlich neu zu verhandelnden Förderung? Warum kämpfen wir um eine gesetzliche Verankerung der Förderung von Musik- und Jugendkunstschulen? Nur mit einem solchen Gesetz ist die Zukunftsfähigkeit der Angebote abgesichert. Nur mit einem solchen Gesetz werden die Jugendkunstschulen in die Lage versetzt, Künstlerinnen und Künstler sowie Fachpersonal mit unbefristeten Anstellungsverhältnissen und möglichst angelehnt an den TVL in Thüringen zu halten. Eine gesetzlich verankerte Landesförderung würde dazu führen, dass sich die hohe Qualität der Angebote verfestigt, wir vermehrt mit mobilen Angeboten in den ländlich geprägten Regionen aktiv sein können.

Die LAG hat sich maßgeblich an der Erarbeitung des Gesetzentwurfes beteiligt: hier sind in §3 Abschnitt 5 auch konkrete Maßnahmen beschrieben, wie wir unseren hohen Anspruch an Qualität immer weiterbearbeiten. Wir stellen uns einem Qualitäts- und Leitlinienprozess an dessen Ende ein Zertifizierungsverfahren stehen wird.

Wichtig und positiv aus unserer Sicht ist weiterhin, dass auch die Kommunen an der Finanzierung der Jugendkunstschulen beteiligt bleiben. Oft bilden gerade die Jugendkunstschulen wichtige und zentrale Netzwerke in ihren Regionen von denen Schulen, Kitas, Vereine und Verbände und auch die Kommunen profitieren.

Fazit:

Die LAG Jugendkunstschulen Thüringen befürwortet den vorliegenden Gesetzentwurf und ist jederzeit zu weiteren Austauschgesprächen bereit.

Vielen Dank an die Mitglieder des Ausschusses, an die Verwaltung und Ministerien sowie alle demokratischen Parlamentarier in Thüringen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verband deutscher Musikschulen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verband deutscher Musikschulen e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Plittersdorfer Straße 93</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">53173 Bonn</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband deutscher Musikschulen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verband deutscher Musikschulen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Plittersdorfer Straße 93	Postleitzahl, Ort	53173 Bonn
	Name	Organisationsform									
	Verband deutscher Musikschulen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verband deutscher Musikschulen e.V.									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Plittersdorfer Straße 93									
Postleitzahl, Ort	53173 Bonn										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse										
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Bundesgeschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Der Gesetzentwurf wird vollumfänglich begrüßt. Der VdM hält ihn für wegweisend in der gemeinsamen Fokussierung von Musikschulen und Jugendkunstschulen. In §8 müssen nach Ansicht des VdM die Bemessungsgrundlagen der Trägerfinanzierung angepasst und präzisiert werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bonn, 14.09.2021	

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1524

zu Drs. 7/3385

Via E-Mail an poststelle@thueringer-landtag.de

Bonn, 14.9.2021

**Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im
Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz; Drs. 7/3385)**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Verband deutscher Musikschulen (VdM) spricht sich für den vorgelegten Gesetzentwurf aus und begrüßt die darin angelegte Regelungssystematik sehr. Für die Zukunftsfähigkeit öffentlicher Musikschulen und Jugendkunstschulen werden Anerkennungs- und Fördermechanismen geschaffen, mit denen die Sicherung der Einrichtungsstrukturen und eines breit angelegten wie qualitativ hochwertigen Angebotes, die Gewährleistung der Zugangsoffenheit für Nutzerinnen und Nutzer sowie die Verbesserung der Situation bei den Beschäftigungsverhältnissen, das Ziel der Nachwuchsgewinnung von Fachkräften und die Personalentwicklung durch Fort- und Weiterbildung im Fokus sind.

Dabei werden ebenso der jeweilige Interessen- und Zuständigkeitsbereich von Trägern und Land austariert und sich gegenseitig ergänzend definiert wie auch die gemeinsame, abgestimmte Verantwortung für eine öffentliche Musikschul- und Jugendkunstschul-Landschaft sichtbar. Mit diesem Gesetz werden nunmehr nach dem 2008 verfassungsgerichtlich vorgegebenen Wegfall der institutionellen Förderung der Musikschulen die praktikablen Instrumente für eine rechts-sichere Umsetzung des Förderziel des Freistaats geschaffen.

Die Realisierung dieses Gesetzentwurfes würde für Musikschulen und Jugendkunstschulen eine sichere Planungsgrundlage zur Steuerung ihrer Einrichtungen und Angebotsentwicklungen bereitstellen. Das deutliche Engagement des Freistaats in den Bereichen der musikalischen und

künstlerischen Bildung und Ausbildung ist einerseits durch das Bekenntnis zur Unterstützung der Grundversorgung ein wesentlicher Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen im Land, andererseits setzt dieses Engagement gezielt Akzente in den wichtigen Segmenten der Begabungsförderung und der Unterstützung von Kooperationen.

Der Gesetzentwurf erkennt und formuliert deutlich die Konformität mit den Regelungen der EU-Belhilfe-Richtlinie. Die Regelungen im Gesetzentwurf gehen nach Ansicht des VdM ebenso konform mit den Bestimmungen zu EU-Dienstleistungs-Richtlinie und EU-Wettbewerbs-Richtlinie. Der Gesetzentwurf stellt gleichermaßen auf die Landesverantwortung ab wie auf den öffentlichen Bildungsauftrag im Rahmen der Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene (Trägerverantwortung) und bekennt sich mit den im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen sowohl zu den Zielen des Artikels 20 der Verfassung des Freistaats Thüringen als auch zu den Zielen des § 2 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung.

Es seien nur wenige kleine Hinweise erlaubt, die eine inhaltliche bzw. sprachliche Präzisierung vorschlagen:

- a) In § 3 Abs. 2 Zif. 6 wird in der Aufzählung bei Nr. 10 von geeigneten Maßnahmen für Angebots-Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen gesprochen – hier wäre zu überlegen, ob eine Formulierung gefunden werden könnte, die das völkerrechtlich verbindliche Ziel von Inklusion bzw. den Grundgedanken von diversitätsorientierten Angeboten hier ebenso bzw. zusätzlich zur bisherigen Formulierung in den Blick nehmen könnte.
- b) In § 3 Abs. 3 wird umgangssprachlich von „Festangestellten“ und „freien“ Honorarlehrkräften gesprochen. Ein Anstellungsverhältnis ist das, was es ist: ein Anstellungsverhältnis. Das Attribut „fest“ hat keine arbeitsrechtliche oder sozialversicherungsrechtliche Konsequenz und ist in der Verbindung zum Begriff der Anstellung bzw. des Anstellungsverhältnisses falsch verwendet. Ebenso ist das Attribut „frei“ in Bezug auf Honorar-Lehrkräfte irreführend; es müsste präzise heißen: freiberuflich tätige Lehrkräfte.
- c) Die Regelung in § 8 zur Bemessung der Finanzierungsbeteiligung der Träger geht in der vorliegenden Formulierung sachlich fehl, auch wenn das Ziel klar zu sein scheint. Die Formulierung des Entwurfs lässt bei der Bezugnahme auf die Gesamtausgaben außer Acht, dass sich mit Berücksichtigung der Landesförderung in den Gesamtausgaben eine grundsätzlich andere Bemessungsgrundlage ergibt als ohne Einbeziehung der Landesförderung. Es wird bei der Definition der Gesamtausgaben auch nicht unterschieden zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt bzw. unter betriebswirtschaftlichen Prämissen bei Investitionen nicht zwischen Ergebnishaushalt (Abschreibungswerte) und Finanzhaushalt (Zahlungsflüsse). Im Freistaat Bayern ist die für die Gewährung des Staatszuschusses seit Jahrzehnten bewährte Bemessungsgröße der kommunalen Finanzierungsbeteiligung 50 Prozent der Lehrpersonalausgaben des Vorjahres.

Abschließend sei gesagt, dass Thüringen mit diesem Gesetzentwurf, der mit den öffentlichen Musikschulen und öffentlichen Jugendkunstschulen beide Einrichtungsformen in ihrer Sparten-Spezifität als gleichwertig für die kommunal verantworteten Angebote kultureller Bildung bewertet und zugleich ihre unterschiedliche Struktur angemessen berücksichtigt, einen Regelungsrahmen setzt, mit dem ein besseres Zusammenwirken in der kommunalen Bildungslandschaft ermöglicht wird. Ein solcher positiver Impuls ist auch Gesetzgebungsverfahren in anderen Bundesländern zu wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesgeschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 - 2 7/1525											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 30.9.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschohulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 - dazu: - Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Vorlage 7/2890) - Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/2895)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde - u. -Stückbau Th.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rich.-Breker-Str. 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde - u. -Stückbau Th.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rich.-Breker-Str. 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Gemeinde - u. -Stückbau Th.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rich.-Breker-Str. 14										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	kommunale Spitzenverbände	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- zu hoher Bürokratieanspruch - Verhältnis angestellte Lehrkräfte zu Honorarkräften anhand der "Kopfzahl" ist ungeeignet	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
St. 6.11.27	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschohlen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musik- und Jugendkunstschohulgesetz) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3385 - dazu: - Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Vorlage 7/2890) - Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/2895)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- u. Städteband Th.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rich.-Breitau-Str. 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- u. Städteband Th.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rich.-Breitau-Str. 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Gemeinde- u. Städteband Th.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rich.-Breitau-Str. 14										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	kommunale Spitzenverbände	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- zu hoher Bürokratieaufwand - Verhältnis angestellte Lehrkräfte zu Honorarkräften anhand der "Kopfszahl" ist ungeeignet	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
6.11.27	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)